

Kurz-Link: <http://www.faz.net/-020bs7>

EU-Gipfel

## Die Exegeten des Beschlossenen

**Das Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Euro-Staaten konfrontierte Berufspolitiker mit den Feinheiten der Finanzmärkte: Silvio Berlusconi schwieg still, Nicolas Sarkozy ließ sich korrigieren - und Angela Merkel musste ablesen.**

Von *Nikolas Busse, Brüssel*



Weder Witze noch pathetische Reden: Silvio Berlusconi schwieg

22. Juli 2011 In den eineinhalb Jahren, die seit dem Beginn der europäischen Staatsschuldenkrise vergangen sind, hat es noch nie ein derart von Finanztechnik dominiertes Gipfeltreffen in Brüssel gegeben wie jetzt am Donnerstag. Die Staats- und Regierungschefs des Euro-Raums beschäftigten sich mit Fragen, die sonst nur im Finanzteil der Tageszeitungen Aufmerksamkeit finden. Niemand in Brüssel konnte sich daran erinnern, dass die „Chefs“ sich jemals zuvor so detailliert mit Zinsen, Laufzeiten, Rekapitalisierungen oder Sekundärmärkten befasst hatten wie an diesem Tag. „Wenn ich es recht verstanden habe“, war ein

Satz, der während und nach der Sitzung oft zu hören war.

An welche Grenzen Berufspolitiker da stoßen, machten die Pressekonferenzen deutlich, die nach gut acht Stunden Verhandlungen stattfanden. Bundeskanzlerin Angela Merkel gehört zu denjenigen „Chefs“, die schon in der Bankenkrise die Einarbeitung in Details nicht gescheut hat. Als sie aber am Donnerstagabend gefragt wurde, wie denn nun die Banken genau an der Entlastung Griechenlands beteiligt würden, da konnte sie nur aus dem Papier vorlesen, das der Internationale Bankenverband nach Brüssel mitgebracht hatte: „Rollover, discount bond exchange 30 Jahre, discount bond exchange über insurance mechanism 15 Jahre, bond exchange 30 Jahre.“ Schließlich legte sie das Blatt beiseite und sagte zu den Journalisten: „Das werden Sie sich als Fachleute, was mancher von ihnen ja ist, noch einmal anschauen.“

### Die Grundlage für das Gelingen des Gipfels wurde in Berlin gelegt

Im Saal nebenan trat zur gleichen Zeit der französische Präsident Sarkozy auf. In gewohnt staatsmännischer Pose erläuterte er, wie die griechische Schuldenlast nun durch eine Senkung der Zinsen erleichtert werde. Dann rief er mit Inbrunst in den Raum: „Das tun wir nur für Griechenland, für kein anderes Land in der Eurozone.“ Das sei eine ganz bewusste, starke politische Entscheidung. Auf Nachfrage eines Journalisten bekräftigte er noch einmal, jawohl, nur für die Griechen werde der Zins gesenkt. Ein paar Minuten später wurde ihm ein Zettel gereicht. Sarkozy unterbrach seine Ausführungen, las den Zettel, und sagte dann, er müsse da noch etwas genauer sein. Für Irland und Portugal würden die Zinsen auch gesenkt. Nur für die Griechen werde man allerdings Altschulden auf den Märkten aufkaufen. So stand es am Ende auch in der Abschlusserklärung.



Bundeskanzlerin Angela Merkel: "Das werden Sie sich als Fachleute, was mancher von ihnen ja ist, noch einmal anschauen."

Die technische Natur der Zusammenkunft bewirkte offenbar, dass es nicht zu emotionalen Ausbrüchen oder heftigem Streit kam, wie das sonst gelegentlich auf EU-Treffen der Fall ist. Die Arbeitsatmosphäre wurde hinterher als konzentriert, lösungsorientiert und sachlich beschrieben. So sagte der italienische Ministerpräsident Berlusconi gar nichts, obwohl für sein Land einiges auf dem Spiel stand. Auf Brüsseler Gipfeln erzählt Berlusconi normalerweise Witze, oder er hält pathetische Reden. Das passte diesmal nicht wirklich zur Tagesordnung.

#### Zum Thema

Nicolas Sarkozy: Der Zauderer der Franzosen  
Kommentar: Methode Merkel  
EU-Sondergipfel: Neues 109-Milliarden-Hilfspaket für Griechenland

Die Grundlage für das Gelingen des Gipfels hatten Frau Merkel und Sarkozy mit ihrem Treffen am Vorabend in Berlin gelegt. Das war in Brüssel deutlich zu spüren. So kam die allgemeine Bankenabgabe, die Sarkozy gerne gehabt hätte, gar nicht mehr zur Sprache. Die Kanzlerin wollte sie nicht, auch wenn diese Lösung die Gewähr dafür gewesen wäre, dass die Beteiligung der Banken ganz ohne das Risiko eines Zahlungsausfalls hätte erreicht werden

können. Für die Märkte sei doch das allerwichtigste die Schuldentragfähigkeit Griechenlands, sagte Frau Merkel dazu in Brüssel. Sarkozy lehnte es sogar ab, das Wort Zahlungsausfall überhaupt in den Mund zu nehmen. „Ich leite keine Ratingagentur.“

### Mit den niederländischen Vorstellungen musste sich der Gipfel länger befassen

Nachgeben musste die Kanzlerin dagegen in der Frage, ob der europäische Rettungsschirm künftig Schulden am Sekundärmarkt aufkaufen kann. Das hatte die Bundesregierung vor ein paar Monaten noch abgelehnt, weil es sich letztlich um eine Vorstufe von Euroanleihen handelt, also einer Vergemeinschaftung nationaler Schulden. Vor allem Spanien bestand aber auf dieser Erweiterung des europäischen Instrumentenkastens. Obwohl ein Aufkauf nur unter eng definierten Bedingungen und nach einstimmigem Beschluss aller Euro-Länder möglich sein wird, sprach der luxemburgische Ministerpräsident Juncker davon, man sei „nicht meilenweit“ von Eurobonds entfernt. „Man darf es nur nicht so nennen, weil das an einigen Orten in Europa zu Pickeln im Gesicht führt.“ Zu diesen Orten gehört der Deutsche Bundestag.

Etwas länger hatte sich der Gipfel mit den niederländischen Vorstellungen über die Höhe der Bankenbeteiligung zu befassen. Die Regierung Rutte stand da beim heimischen Parlament im Wort, hatte kurz vor dem Gipfel sogar noch dem Finanz- und dem Europaausschuss eine harte Linie versprochen. So kam als Bankenbeteiligung am Ende ein Betrag von 37 Milliarden Euro für die Jahre 2011 bis 2014 zustande, obwohl vorher niedrigere Zahlen im Gespräch waren. Die Finnen wiederum setzen durch, dass es Kreditsicherungen für die bürgenden Länder geben soll, auch wenn die entsprechende Formulierung in der Abschlusserklärung noch sehr allgemein klingt.

### Vorschläge für „bessere Arbeitsmethoden“ in der Eurogruppe



Gelungener Gipfel: Die Grundlage hatten Sarkozy, Lagarde und Merkel (v.l.) am Vorabend in Berlin gelegt

Sarkozy ließ es sich nicht nehmen, die neuen Befugnisse des europäischen Rettungsschirms (zu denen neben dem Schuldenaufkauf auch Vorsorgeprogramme und eine Bankenrekapitalisierung gehören) zu einer integrationspolitischen Großtat zu erklären. Man sei jetzt auf dem Weg zu einem Europäischen Währungsfonds, verkündete er den Journalisten. „Damit Sie verstehen, was das politisch bedeutet.“ Die kühle Kanzlerin hatte für solche Schlagworte wie stets nicht viel übrig. Man habe den europäischen Rettungsschirm doch schon vor einiger Zeit zu

einer Dauereinrichtung gemacht, brummte sie und verwies auf einen Unterschied zum vermeintlichen Vorbild: Der Internationale Währungsfonds könne gar nicht auf dem Sekundärmarkt agieren, so wie das der europäische Rettungsfonds künftig darf.

Für die Machtverhältnisse in Brüssel dürfte sich noch der letzte Punkt der Abschlusserklärung als interessant erweisen: Im Oktober soll der Ratsvorsitzende Herman Van Rompuy Vorschläge für „bessere Arbeitsmethoden“ in der Eurogruppe machen, wo viele wichtige Entscheidungen getroffen werden. Noch zuvor wollen Deutschland und Frankreich dazu Ideen vorlegen. Im Kern geht es darum, dass die Franzosen unzufrieden damit sind, dass die großen Länder (sprich: sie selbst) in der Gruppe, die derzeit unter der Leitung Juckers steht, keine herausgehobene Stellung haben. Es sei eine wichtige Etappe in einer schwierigen Zeit gewesen, stellte die Kanzlerin am Ende fest.

Text: F.A.Z.

Bildmaterial: dpa, REUTERS

© Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2011.

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte erwerben



Verlagsinformation

Die F.A.Z.-Redaktion präsentiert auf YouTube unter [www.youtube.com/faz](http://www.youtube.com/faz) eine kleine Auswahl Ihrer Videos. Abonnieren Sie jetzt kostenlos den F.A.Z.-Kanal bei Youtube - es lohnt sich!

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH 2001 - 2011  
Dies ist ein Ausdruck aus [www.faz.net](http://www.faz.net).